Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerische Geschichte = Revue d'histoire suisse
Band: 10 (1930)
Heft: 1

Artikel: Preussen und Österreich im Neuenburger Konflikt 1856/57
Autor: Bonjour, Edgar
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-70911

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Preußen und Österreich im Neuenburger Konflikt 1856/57.

Von Edgar Bonjour.

Die Neuenburger Angelegenheit, welche während des Halbjahrs 1856/57 die Kabinette der Großmächte in Atem hielt und auch die öffentliche Meinung Europas nachhaltig beschäftigte, war nicht nur ein Streit zwischen der Schweiz und Preußen um das Neufchâteler Jura-Ländchen. Der Konflikt hatte zugleich auch die Bedeutung einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen zwei vollkommen entgegengesetzten staatsrechtlichen Ansichten, zwischen den politischen Weltanschauungen zweier verschiedener Zeitalter. Es war der Kampf zwischen der Idee des Volksstaates und derjenigen des Fürstenstaates, zwischen dem demokratisch-republikanischen und dem absolutistisch-monarchischen Prinzip, zwischen dem Willen zum Fortschritt und den Mächten des Bewahrens und des Beharrens. Der propagandistische Radikalismus des jungen schweizerischen Bundesstaates prallte hier mit Preußen, dem Vorkämpfer der europäischen Reaktion, zusammen.

Vorliegende Studie stellt sich die Aufgabe, die ideelle Seite der Neuenburger Frage herauszuarbeiten. Sie versucht den geistigen Boden aufzudecken, aus dem sowohl das gefühlsbetonte Verhältnis Preußens zu Neuenburg, als auch der Konflikt Preußens mit der Schweiz stammte. Es wird zu zeigen sein, wie sehr der Gang der Neuenburger Angelegenheit durch die Staats- und Rechtsauffassungen und durch den komplizierten Charakter König Friedrich Wilhelms IV. bedingt wurde. Unsere Untersuchung berührt die im Neuenburger Handel einander schroff gegenüber stehenden politischen Weltanschauungsfragen. Sie möchte erkennen lassen, wie neben diesem Kampf der Prin-

zipien, die ihre Wirksamkeit im Dienste einer internationalen, höheren Idee entfalten wollten, nüchterne interessen- und machtpolitische Strömungen einhergingen, die nur das Wohl des eigenen Landes im Auge hatten. In den einzelnen Staaten, besonders in Preußen, rangen noch einmal die großen Gegensätze des Jahrhunderts, Ideenpolitik und Realpolitik, miteinander. Vor allem aber bemüht sich die vorliegende Studie, die Beziehungen Preußens zu Österreich und der Schweiz in jener erregten Zeit (vor Lösung der deutschen Frage) zu schildern, sowie die Rückwirkungen des Verhältnisses der beiden deutschen Großmächte auf den Verlauf der Neuenburger Angelegenheit darzustellen. Dabei wird auch die in der schweizerischen Öffentlichkeit und der schweizergeschichtlichen Literatur früh auftauchende und leidenschaftlich diskutierte Frage gestreift werden, welcher europäischen Macht die Schweiz die Erhaltung des Friedens und die endgültige günstige Lösung des Konfliktes zu verdanken habe.

Die folgenden Ausführungen gründen sich fast ausschließlich auf handschriftliches Urkundenmaterial aus dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem und dem Brandenburgisch-Preußischen Hausarchiv in Berlin-Charlottenburg. Der unten erstmals veröffentlichte Briefwechsel zwischen König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und Kaiser Franz Joseph von Österreich stammt aus den gleichen Archiven; er ist in der einleitenden Darstellung nicht ausgewertet worden. Vielmehr soll er als Illustration und Ergänzung der vorangehenden Studie dienen.

* * *

In der dunklen, sternenlosen Nacht vom 2. auf den 3. September 1856 brach in Neuenburg eine Kontrerevolution aus. Bewaffnete Royalisten drangen mit dem Rufe «Vive le roi» ins Schloß und verhafteten die Staatsräte der Republik. Zugleich besetzten mehrere hundert Mann Miliz die Ortschaft Le Locle. Am andern Morgen sahen die Neuenburger von den Türmen des Schlosses und der Schloßkirche die preußischen Fahnen herunterwehen. Vielerorts angeschlagene Manifeste verkündeten, daß die Stunde der Befreiung geschlagen habe und riefen die

getreuen Bürger zu den Waffen. Der militärische Führer der Aufständischen, Oberst Friedrich von Pourtalès-Steiger, erklärte das Fürstentum Neuenburg in Belagerungszustand. Die Telegraphendrähte wurden durchschnitten, die Kantonsgrenzen unter scharfe Aufsicht gestellt.

Dieser Aufruhr überraschte die ganze Schweiz. Zwar war er durch die royalistischen Verschwörer im berüchtigten schwarzen Kabinett von langer Hand vorbereitet worden. Sie hofften, ihr entschlossenes Vorgehen werde ihre Mitbürger mitreißen. Die Stadt jedoch blieb ruhig und ziemlich teilnahmslos. Gewiß war noch über die Hälfte der ursprünglich neuenburgischen Bevölkerung dem ancien régime zugetan, gewiß hegte sie royalistische Gefühle und Hoffnungen. Diese alteingesessenen Neuenburger zählten fest darauf, daß der König doch endlich einmal sein wiederholtes feierliches Versprechen, seine getreuen Untertanen nicht zu verlassen, einlösen werde. Das republikanische Joch, die gottlose, revolutionäre Regierung, die sie nun schon acht Jahre erduldeten, war ihnen im Innersten zuwider. Nun trat aber die Forderung zum gewaltsamen Umsturz der bestehenden, in ihren Augen rechtlosen politischen Zustände doch zu plötzlich an sie heran. Warum rief sie der geliebte König nicht selbst zu den Waffen? Hatte er nicht mehrmals schon von übereilten Schritten zur Wiederherstellung der rechtmäßigen Ordnung abgemahnt? Wie es meistens zu geschehen pflegt, verurteilte die innere Unsicherheit die Menschen zur Tatenlosigkeit. Sie schauten zu und warteten.

Ganz anders die rührige republikanische Partei. Obgleich sie auf Unterstützung der Eidgenossenschaft rechnen konnte, organisierte sie sich sofort militärisch, um aus eigenen Kräften ihre gefangene Regierung zu befreien. Im Morgengrauen des 4. September marschierte Oberst Denzler mit 2500 Mann gegen das Schloß.

Kaum war die Kunde von der royalistischen Schilderhebung nach Bern gedrungen, als sich der Bundesrat in außerordentlicher Sitzung vereinigte und die Intervention beschloß. Zwei seiner Mitglieder, Fornerod und Frey-Hérosée, begaben sich als eidgenössische Kommissäre am Abend des 3. September nach Neuen-

burg und forderten die royalistischen Machthaber zur Übergabe des Schlosses auf. Die Unterhandlungen zogen sich durch die ganze Nacht hin. Sie waren noch nicht abgeschlossen; da stürmte Oberst Denzler in der Morgenfrühe des 4. September zwischen 4 und 5 Uhr das Schloß. (Die beiden Bundesräte scheuten sich nicht, in ihrem offiziellen Bericht zu schreiben, sie hätten leider keinen Boten finden können (in ganz Neuenburg), um den heranrückenden Denzler von ihrer Anwesenheit und ihren Verhandlungen zu benachrichtigen.) Die Royalisten setzten sich nicht zur Wehr. Trotzdem wurden einige von ihnen getötet und mehrere, darunter auch Führer, schwer verletzt. Der eidgenössische Generalanwalt, den man mit der gerichtlichen Verfolgung der Urheber der Revolte betraute, stellte ein Verzeichnis von 667 Gefangenen, 26 Verwundeten und 8 Toten auf. In den folgenden Tagen wurde ein Großteil der Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Assisen in dem einzuleitenden Hochverratsprozeß sollten im Januar 1857 in Neuenburg abgehalten werden.

Soweit die geschichtlichen Tatsachen. Es ist heute überaus schwierig, die wirklichen Vorgänge jener bewegten Tage aus der weitschichtigen zeitgenössischen und historischen Literatur genau herauszuschälen, da auch die offiziellen eidgenössischen Berichte des Streitschriftencharakters nicht ganz entbehren und deshalb nur bedingten Quellenwert besitzen.

Nach dem Wunsche des Bundesrates hätte der Putsch der royalistischen Heißsporne auf gerichtlichem Wege als rein innerschweizerische Angelegenheit seine Erledigung finden sollen. König Friedrich Wilhelm IV. war jedoch keineswegs gesonnen, die Gefangenen ihrem Schicksal zu überlassen, noch auf seine Souveränitätsrechte über Neuenburg zu verzichten. Die Revolution und die Proklamierung der Republik in Neuenburg am 1. März 1848 hatte sich auf das Selbstbestimmungsrecht des Volkes berufen und so seine Autorität vollkommen ausgeschaltet. Seither waren aber seine alten heiligen Rechte auf das Fürstentum Neufchâtel von den Großmächten feierlich anerkannt worden. Der Handstreich der royalistischen Ultras sollte ihm nun die nicht unwillkommene Gelegenheit bieten, mit Hilfe Europas die unhaltbare Rechtslage in Neuenburg zu seinen Gunsten zu ver-

ändern und zu klären. Der Rechtsstandpunkt des Bundesrates, der sich auf den Boden des «fait accompli» stellte und die 1848 vom Bund garantierte republikanische Verfassung Neuenburgs in Schutz nahm, erschien dem König als rabulistische Rechtsverdrehung des gottlosen Radikalismus.

Mit auffallender Wärme und beinahe befremdendem Nachdruck setzte sich Friedrich Wilhelm für seine unglücklichen Getreuen ein. Seine Aufforderung an den Bundespräsidenten zur Freilassung der Verhafteten wies Stämpfli rundweg ab. Das entzündete den Eifer des Königs nur umso mehr. Der Gedanke an seine eingekerkerten Anhänger quälte ihn Tag und Nacht, sodaß er kaum mehr Schlaf finden konnte. Er flehte die Monarchen Europas an, ihn in dieser Ehrenforderung zu unterstützen und den unmenschlichen Republikanern ihren Raub zu entreißen. Damit wurde diese Herzenssache zu einem vorwiegend politischen Ereignis, der kleine Neuenburger Konflikt zu einer europäischen Angelegenheit. Friedrich Wilhelms Liebe zu seinen Neuenburger Untertanen machte ihn für die Forderungen der Wirklichkeit und der Politik blind. Seine vertrautesten Ratgeber mußten ihm vorstellen, er sei vorerst König von Preußen und erst in zweiter Linie Fürst von Neufchâtel. Ob das Juraländchen denn so große Opfer wirklich wert sei?

Unmittelbar nach dem Aufstand ließ der König offiziell verkünden, die Royalisten hätten ohne sein Wissen und auf eigene Verantwortung hin gehandelt. An dieser Darstellung wurde preußischerseits während der ganzen Dauer der langwierigen Neuenburger Angelegenheit festgehalten. Des Königs innige Anteilnahme am Geschick seiner Anhänger schien vielen Zeitgenossen verdächtig. Daß man in der Schweiz allgemein annahm, die Neuenburger Rebellen seien insgeheim von Berlin aus ermuntert worden, ist verständlich. Aber auch im Ausland fanden Friedrich Wilhelms Versicherungen wenig Glauben. Eugénie, die Kaiserin der Franzosen, erklärte dem preußischen Gesandten unumwunden, es sei doch merkwürdig, daß die Neuenburger ohne Verheißung von Unterstützung die Waffen ergriffen hätten. Königin Victoria von England und der Prinzgemahl Albert dachten nicht anders. Ein angesehener preußischer Diplo-

mat bezeichnete die Art und Weise, wie man in Berlin die Schilderhebung desavouiere und in alle Welt hinausposaune, man sei von den Ereignissen überrascht worden, geradezu als Nichtswürdigkeit, die weder in Paris noch in London zu täuschen vermöge. In Berlin war es — einem gewichtigen Zeugen zufolge — Stadtgespräch, daß den Neuenburger Getreuen Hilfe versprochen worden sei. Selbst in der nächsten Umgebung des Königs bildete man sich über diesen Punkt eine eigene Ansicht. Als wenige Monate nach der endgültigen Lösung des Neuenburger Konflikts beim König Geisteskrankheit ausbrach, glaubte einer seiner edelsten und getreuesten Generale darin die Sühne erblicken zu müssen für den Bruch des den Neuenburgern gegebenen königlichen Wortes. Die Frage, ob und inwieweit der König oder seine Umgebung den Neuenburger Royalisten Unterstützung versprochen habe und damit die Entfesselung der Revolution veranlaßte, ist überaus heikel. Eine leidenschaftliche Streitschriftenliteratur, die sich damit befaßt, zieht sich bis in die jüngste Zeit herauf. Wir hoffen, andernorts auf Grund neuen Materials (von handschriftlichen Quellen aus den preußischen Archiven und verschiedenen privaten Nachlässen) diese eigentliche Schuldfrage ihrer Klärung näher zu bringen. Die schweren Seelenkämpfe des Königs in der Neuenburger Angelegenheit kann man im einzelnen nicht ohne Ergriffenheit verfolgen. Selten erscheint uns der König so menschlich wahr, wie in seiner Liebe zu Neufchâtel und in seinem Schmerz über das Schicksal seiner getreuen Mannen. Zweifellos haben diese tief aufwühlenden Erlebnisse wesentlich dazu beigetragen, den Geist Friedrich Wilhelms zu zermürben und die traurige Krankheit ausbrechen zu lassen.

Es wäre ganz falsch, wollte man die Gefühle des Königs für seine neuenburgischen Untertanen als oberflächliche, vorübergehende Schwärmerei deuten. Die Wurzeln dieser Liebe lagen tiefer. Jn dem Juraländchen mit seiner ständischen Gliederung von Staat und Gesellschaft, wie sie bis 1848 bestanden hatte, sah der König sein Verfassungsideal verwirklicht. Die politischen Korporationen Neuenburgs, die sogenannten Bourgeoisieen, ferner die geistlichen Verbände, die Magistrate, Gutsherren, nicht

zuletzt die Liebe zum angestammten Fürsten entsprachen ganz seinem Idealbild vom alten christlichen Ständestaat, den er in Preußen und Deutschland vergeblich zu errichten trachtete. Friedrich Wilhelm teilte die Anschauung seiner christlich-germanischen Freunde, wonach Gott in der Zeit und durch die Zeit wirke. Deshalb entsprach seiner Ansicht nach das Gewordene immer irgendwie dem Göttlichen. Gegen alles Gemachte, Ausgeklügelte empfand er tiefen Abscheu. Der Mensch, der in seinen moralischen Fähigkeiten stark begrenzt ist, soll Gott bei seiner schöpferischen Arbeit nicht in den Arm fallen. Revolution bedeutete für den König letztlich Revolte gegen Gott. Diese konservativ-reaktionären Gedankengänge, auch den quietistischen Duft, der darüber lagert, finden wir bei den Neuenburger Royalisten wieder. Der König wurde in seiner Pietät gegenüber allem historisch Gewachsenen aufs schwerste verletzt durch die Neuenburger Revolution von 1848, welche die geschichtlichen Gebilde zerstörte und an ihre Stelle den mechanischen Grundsatz der zahlenmäßigen Volksvertretung setzte. Das war gottloser Frevel am Allerheiligsten. Nur in der althergebrachten, gottgewollten Ordnung konnte wahre Freiheit gedeihen. In den Augen Friedrich Wilhelms schienen sich Freiheit und demokratischer Radikalismus auszuschließen. Denn die Freiheitskonzeption des ständischen Staates, wie sie der König vertrat, war kein Menschenrecht, sondern trug den Charakter besonderer Vorrechte, von Privilegien, und widersprach scharf der egalitären Freiheit, der Gleichmacherei der bürgerlichen Demokratie. Friedrich Wilhelms religiöser Absolutismus empörte sich gegen die Herrschaft der Menge, wie sie mit all ihren äußersten Konsequenzen in Neuenburg in Erscheinung trat. Sein Staatsideal, wie er es zu seiner Zeit nur im Fürstentum Neufchâtel verwirklicht gesehen hatte, war: ständisch-aristokratische Schichtung der Gesellschaft, Autonomie kleinerer Körperschaften gegenüber politischem Einheitsfanatismus, Bewahrung der überkommenen göttlichen Rechte gegen Eingriffe gesetzgeberischer Willkür, auf Treue und Verehrung beruhendes patriarchalisches Verhältnis zwischen Obrigkeit und Volk. Dieser Patrimonialstaat sollte sich vollständig auf religiös-christlicher Grundlage aufbauen.

In grundsätzlichem Gegensatz zum radikalen Zeitgeist hat der König die Neuenburger Angelegenheit von vornherein aufgefaßt. Da die herrschende Partei in der Schweiz, an ihrer Spitze der Bundesrat, sich mit den Neuenburger Republikanern einig wußte und ihre Ziele und ihr Vorgehen gut hieß, wandte sich des Königs Zorn gegen den ganzen schweizerischen Radikalismus.

Dadurch, daß der König dem Konflikt mit der Schweiz den Charakter eines Prinzipienkampfes verlieh, erhob er ihn erst recht zu allgemein europäischer Bedeutung. Die Schweiz wurde in der reaktionären Staatenwelt des damaligen Europa als Anomalie, als Fremdkörper empfunden. Einzig in diesem Lande war die Revolution nicht niedergerungen worden, sondern hatte sich im Gegenteil sogar selber konstituiert. Ein Mitglied der obersten Landesbehörde hatte sich vor ein paar Jahren noch öffentlich zur fortdauernden Revolution bekannt, was der preußische Gesandte mit Entsetzen nach Berlin meldete. Das bloße Dasein eines derartigen Staates mußte auf die umliegenden Monarchieen bedrohend wirken. Daß die kleine Alpenrepublik sich so unangenehm selbständig und selbstbewußt benahm, bestärkte die Mächte nur in ihrem Verdacht und Widerwillen gegen die Schweiz. Friedrich Wilhelm wurde nicht müde zu verkünden, bevor dieser letzte Ausläufer des Jakobinertums, bevor diese Schlange der Revolution nicht zertreten sei, könne Europa nicht zu dauerndem Frieden kommen. Dem Kaiser von Österreich sprach er seine «tiefinnigste Überzeugung aus, daß ein Sieg des guten Rechtes über die Rebellen-Colleczion aller Länder, die jetzt die Schweiz knechtet, daß das gründliche Ausbrennen dieses Rattennestes, von wo aus jegliche Obrigkeit umher angenagt wird, ein unermeßliches Glück für die nächste Zukunft Europas sein müßte». Es entsprach seiner heiligsten Überzeugung, daß die konservativen Mächte Europas eine Gemeinschaft bilden müßten gegen revolutionäre Staaten wie die Schweiz, welche die auf dem historischen Recht beruhende göttliche Weltordnung und damit den Frieden Europas bedrohten. Auf diese Weise glaubte er, den natürlichen Gang geschichtlicher Entwicklung aufhalten zu können. In seinen konservativ-universalen Gedankengängen, wie auch in den Äußerungen des schweizerischen

Radikalismus klingt noch die Internationalität der politischen Organisationen jener Zeit auf. Wenn Friedrich Wilhelm die Monarchen zum Kreuzzug gegen den schweizerischen Radikalismus aufrief, glaubte er, sie würden in ihrem eigensten Interesse handeln, indem sie ihr Lebensprinzip verteidigten. Mit der Befreiung der royalistischen Opfer und der Wiedergewinnung Neuenburgs ließ sich dann die allgemeine Restauration der Schweiz praktisch verbinden, wozu früher den preußischen König bekannte schweizerische Konservative heimlich ermuntert hatten. Man sieht aus diesen Gedankengängen, daß der komplizierten Natur Friedrich Wilhelms, welcher alles andere als ein Realpolitiker war, politischer Ehrgeiz doch auch nicht so fern lag. In diesen seinen Restaurations-Absichten mischten sich eigentümlich weltanschauliche Überzeugungen mit egoistisch machtpolitischen Interessen. (Der ganze Verlauf der Neuenburger Angelegenheit widerlegt die These Rachfahls, der den König Friedrich Wilhelm als Realpolitiker darzustellen sucht.)

In der Schweiz erkannte man vollauf die prinzipielle Wichtigkeit des Konfliktes. Allgemein herrschte die Ansicht, daß die Revolutionsgeschichte Europas in ein neues Stadium getreten sei. Bundespräsident Stämpfli, das Haupt der Schweizer Radikalen, sah in diesen internationalen Zusammenhängen klar. Er wußte, daß die Revolutionäre in Italien, Frankreich und Deutschland sich von der Niederlage der Jahre 1848/49 erholt hatten und in diesen Tagen gespannt nach Bern blickten, woher sie ihr Losungswort erwarteten. Cavour lauerte auf den Umsturz zur Verwirklichung seiner hochfliegenden Pläne, Louis Napoléon verfolgte wachsam die Haltung der Revolutionäre im eigenen Lande, württembergische Abgeordnete protestierten in der Kammer gegen einen eventuellen Durchzug preußischer Truppen, badensische Bürger planten Massenpetitionen. Pessimistische Schweizer Konservative beschworen den Preußenkönig, in diesem Augenblick den Radikalismus nicht zu reizen, da dies nur ihrer eigenen Sache schwer schaden würde. In seinen Unterredungen mit den Vertretern auswärtiger Mächte oder in seinem offiziösen Organ, dem « Bund », wies Stämpfli etwa drohend auf diesen Zündstoff, dessen er sich bedienen könnte, hin. Doch wider-

strebte es ihm, den schweizerischen Radikalismus propagandistisch zu sehr auszuwerten oder sich gar als Vorkämpfer der europäischen Revolutionspartei hinstellen zu lassen. Er wollte dem Kampf der Schweiz gegen Preußen den nationalen Charakter gewahrt wissen. Die Zuversicht aber, in der Gefahr auf die Revolution als Bundesgenossen zählen zu können, sowie die tiefe Überzeugung, Preußen gegenüber die werbenden sittlichen Ideen der Volkssouveränität, des Selbstbestimmungsrechtes und des Fortschritts zu vertreten, kräftigten Stämpfli in seiner festen und würdigen Haltung. Darin mochte ihn auch noch die offene und geheime Unterstützung des englischen Kabinetts bestärken. Der nachgeborene Schweizer des 20. Jahrhunderts erlabt sich an so viel nationaler Würde und Selbständigkeit. Doch muß man zu ihrem Verständnis bedenken, daß die Schweiz damals mitten unter Kleinstaaten lag gleich Piemont, Baden, Württemberg, Bayern und nicht wie heute zwischen riesigen Großmächten eingepfercht war; daß zudem die Entfernung zwischen Bern und Berlin damals gewiß mehr bedeutete als heute diejenige zwischen Bern und Washington. An Stämpflis Hartnäckigkeit, wie man im Ausland seinen ruhigen Mut bezeichnete, prallte der wiederholte Ansturm des Königs von Preußen ab. Friedrich Wilhelm IV. und Jacob Stämpfli — welch ungeheure Verschiedenheit! Bei der Betrachtung dieser Gestalten, welche die Tendenzen ihrer Zeit verkörpern, wird man den tiefen Abgrund gewahr, der die beiden Welten voneinander trennte. Wie der König in Preußen die auswärtigen Geschäfte seines Landes selbstherrlich betrieb, so ist auch bei der Politik des schweizerischen Bundesrates Stämpflis persönliche Führung unverkennbar. Als Stämpfli um die Jahreswende 1856/57 vom Bundespräsidentenstuhl zurücktrat und zwangsläufig auch das auswärtige Departement abgeben mußte, ging es wie ein Aufatmen durch die europäischen Kabinette.

In seiner Ehrenforderung an die Schweiz, der Herausgabe der Gefangenen, hatte Friedrich Wilhelm einzig von Louis Napoléon die nachhaltigste Unterstützung erfahren. Er war ihm deshalb zu höchstem Dank verpflichtet. Aber in seinem Innersten verabscheute der ganz vom legitimen und konservativen Dogma beherrschte König den Emporkömmling auf dem französischen

Kaiserthron. Es bezeichnet die Sprunghaftigkeit seines Wesens, daß er noch im letzten Augenblick verschiedene verzweifelte Versuche unternahm, den Freund und Helfer in dieser Angelegenheit zu wechseln. Friedrich Wilhelm hätte es viel lieber gesehen, wenn ihm die andere konservative Großmacht Deutschlands, Österreich, beigesprungen wäre. Der gemeinsame Kampf mit Österreich in den Befreiungskriegen von 1813, das Zusammengehen der beiden Mächte im Zeitalter der heiligen Allianz blieben ihm ein teures Andenken. Sein Vater hatte ihn ja noch dringend ermahnt, sich von dem alten Waffenbruder nie zu trennen. Es war ihm ein Herzensbedürfnis, mit dem Habsburger vereint zu handeln. In diesem Sinne wandte er sich mehrmals an seinen Neffen, den jungen Kaiser Franz Joseph. Das politische Interesse Preußens erheischte zwar nichts weniger als eine Anlehnung an Österreich. Aber der König ließ sich nur von der Idee, dem Traum leiten; das waren die eigentlich beherrschenden Kräfte seines Lebens. Politische Wirklichkeit und Staatsraison mußten sich ihnen — wie immer — unterordnen.

Der nachfolgende, bisher nicht veröffentlichte Briefwechsel zwischen König Friedrich Wilhelm IV. und Kaiser Franz Joseph über die Neuenburger Angelegenheit zeigt uns die beiden Herrscher in ihrer Verschiedenartigkeit. Schon die Handschrift weist auf die grossen Unterschiede der Persönlichkeiten hin. Friedrich Wilhelms romantisch beschwingte, weit ausschweifende, mit schwungvollen Schnörkeln versehenen Buchstaben stehen in krassem Gegensatz zu den klaren, korrekten, leserlichen Zügen Franz Josephs. Die pomphaft überladene, recht eigentlich eitle Unterschrift des Königs sticht gegen den einfachen, phantasielosen Namenszug des Kaisers ab. Friedrich Wilhelms Schrift und Stil deuten auf einen nervösen Menschen, in dessen Adern wohl ein Tropfen genialen Blutes rollt, der jedoch in seinem Wesenskern Dilettant geblieben ist. Seine schriftlichen Ergüsse werden durchaus von der Empfindung, der Phantasie gespeist; streng logische Gedankenführung lag ihm fern. Des jungen Franz Josephs Schriftzüge lassen auf eine begrenztere Natur schließen; sie verraten den sachlichen, beherrschten, gewissenhaften Beamten, als den noch viele den alten Kaiser gekannt

haben; während seines langen Lebenslaufes machte er ja wohl kaum je entscheidende innere Wandlungen durch.

Friedrich Wilhelms Denken haftete etwas Verschwommenes an; es schillerte in allen Nuancen, bewegte sich in allen Zwischenstufen. Franz Josephs geistiger Grundzug dagegen war Klarheit, Vereinfachung, Beschränkung. Weite Kreise in Preußen beobachteten mit Sorge die tastende Ungewißheit, die stete Unschlüssigkeit, ja Rätselhaftigkeit, die ihr König in seinen Gedanken und in seinem Tun an den Tag legte. In Österreich bewunderte man die selbstbewußte Sicherheit, mit welcher der junge Kaiser Staatshandlungen vollzog. Friedrich Wilhelms träumerisch-schwärmerische Geistesanlage führte ihn oft eigentümlich gewundene Wege und verleitete ihn zu vielen Extravaganzen. Franz Josephs nüchterner, trockener Menschenverstand hielt sich an das Diesseitige, an das Positive; er war allem Schein abhold, bevorzugte stets den Mittelweg. Man kann beobachten, wie der König bis ans Ende seines Lebens wirklichkeitsfremd geblieben ist, wie er die Realität immer nach seinen Wünschen deutete. Damit verglichen, erscheint der Kaiser als ein wahrer Realpolitiker. Sein Handeln trägt den Stempel des Folgerichtigen. Welche verschlungenen Irrgänge weist dagegen die königliche Politik auf! Sie erweckt oft den Eindruck einer törichten Flucht vor der unerbittlichen Folgerichtigkeit des Lebens. Es ist bekannt, wie stark Friedrich Wilhelm zur Kunst neigte. Franz Joseph scheint nie die Gabe besessen zu haben, das zweckfreie Schöne zu genießen. Während der Preußenkönig einen besonders leidenschaftlichen Hang zur Architektur bekundete und sich hierin auch praktisch betätigte — hat der Kaiser nie ein Haus gebaut. Friedrich Wilhelm interessierte sich für ungeheuer viel Dinge, redete in Alles hinein und war überall mit ganzem Herzen dabei. Von pietistischer Religiosität erfüllt, beschäftigte er sich begeistert und eingehend mit der theologischen Wissenschaft. Franz Josephs Interesse beschränkte sich auf die Sorge für die Schlagkraft seines Heeres, als des Rückgrates der Monarchie.

Es klingt sonderbar: der noch sehr junge Kaiser macht trotz seiner erst sechsundzwanzig Jahre dem geschichtlichen Be-

trachter den Eindruck eines älteren Menschen, als der schon einundsechzigjährige König, dessen Wesen eine stete Jugendlichkeit ausstrahlt. Bei Friedrich Wilhelm genialischer Überschwang — bei Franz Joseph dürre Nüchternheit. Hier sprudelnde Bewegung — dort starre Ruhe.

In der Neuenburger Angelegenheit offenbart sich die ganze Problematik der so ungeheuer komplizierten Gestalt Friedrich Wilhelms. Auch hier wandelte er auf dem schmalen Weg zwischen Torheit und Genie. Oft trieb er hinter dem Rücken seiner Minister auf eigene Faust Politik. Durch diesen Hang zum Geheimnisvollen, zum Versteckenspiel erschwerte er die Arbeit der preußischen Politiker sehr. Die vielen sich kreuzenden Widersprüche, die Unberechenbarkeit seiner Entschlüsse machten es seinen Dienern fast unmöglich, im Neuenburger Konflikt eine einigermaßen vernünftige, konsequente Politik zu verfolgen. Seine Handlungsweise rief bei seiner nächsten Umgebung Spott und Erbitterung hervor. So schrieb z. B. Albert v. Pourtalès, sein ehemaliger Gesandter in Konstantinopel, an des Königs intimen Freund Christian Karl Josias v. Bunsen: « Dies nennt man an der Spree Politik! Eine Reihe von Fehlern und Mißgriffen, bei denen man sich fragt, ob man sich am meisten über die Dummheit oder über die Schlechtigkeit der Epigonen Hardenbergs ... wundern muß »[1]. Daß dem König einheitliches, folgerichtiges Handeln immer mehr abging, erklärt sich nicht allein aus seiner Wesensart. Die Theorie vom christlich-germanischen Staat, wie

---

[1] Preußisches Geheimes Staatsarchiv. Rep. 92, Depositum Bunsen 59. Pourtalès an Bunsen, Oberhofen, 12. Oktober 1856. — Des Königs schwärmerische Liebe für romantisch geschaute Vergangenheit hatte Pourtalès schon vor einem Jahr in einem Brief an Bunsen (Oberhofen, 8. Oktober 1855) verhöhnt: « Wer zuviel Romane liest, hat keinen Sinn mehr für Geschichte — und so erkläre ich mir die traurig-merkwürdige Anomalie eines Menschen, der in geschichtlicher Zeit eine geschichtliche Stellung einnimmt und dabei ... Johanniterorden restauriert! Hätte der Mann zur Zeit der Kreuzzüge gelebt, so würde er sich wahrscheinlich mit griechisch-klassischen Reminiszenzen und Resurrectionsversuchen beschäftigt haben. Im 19. Jahrhundert spielt er Gottfried von Bouillon. Wäre er Adam, so würde er Pläne zur Erlegung von Mastodonten machen ... nur ja keine Wirklichkeit, keine Vernunft, keine Gegenwart! »

sie ihn vollkommen erfüllte, trug ebenfalls dazu bei, mit all ihren quietistischen Auswirkungen Friedrich Wilhelms politisches Wollen und Tun zu hemmen.

Auch die krankhafte Note klingt schon deutlich an: Das Zusammenhanglose seiner Ideen und Taten, die nervenaufreibende Entschlußlosigkeit, das fortwährende Hin und Her zwischen den gegensätzlichsten Ansichten. Mit merkwürdig eigensinniger Zähigkeit hielt er an einmal vorgefaßten Meinungen fest, oder kehrte auf weiten Umwegen immer wieder zu ihnen zurück. Die unangenehmen Dinge verarbeitete er nicht, sondern drückte sich an ihnen vorbei oder schob sie auf die lange Bank. Man hat das Gefühl, der Zersetzung und Auflösung einer Persönlichkeit beizuwohnen.

Wenn schon die Wesensverschiedenheit der beiden Herrscher eine gemeinsame Politik wenig begünstigte, so machte sie der dauernde Gegensatz zwischen den beiden Ländern vollends unmöglich. Die Neuenburger Angelegenheit fällt in die Zeit des bald offenen, bald unterirdischen, immer erbitterten Kampfes zwischen den beiden Großmächten um die Führung in Deutschland. Österreich wahrte ängstlich seine Vormachtstellung und ließ keine Gelegenheit unbenützt, den unangenehmen preußischen Nebenbuhler noch mehr zu demütigen als bei Olmütz. Auf keinen Fall wollte es eine militärische Machtentfaltung des preußischen Rivalen dulden. Bismarck spähte seit Jahren auf seinem Gesandtenposten in Frankfurt nach einer schwachen Stelle beim österreichischen Gegner. Innerlich hatte er sich längst von der Bundespolitik mit Österreich losgemacht und befürwortete eine Annäherung an Frankreich, um hier Rückendeckung zu gewinnen für die unausbleibliche, künftige Zertrümmerung des österreichischen Primats. Die guten Dienste, die Napoleon dem König im Neuenburger Konflikt erwies, schienen eine Freundschaft anzubahnen. Jeder Schritt, den Preußen nach Frankreich hin unternahm, wurde von Österreich mit scheelen Blicken verfolgt. Der Präsident des Wiener Kabinetts, Buol, wußte, daß er in dieser bevorstehenden Krise von Napoleon nichts Gutes zu erwarten hatte. Deshalb versuchte er mit jedem Mittel, den französisch-preußischen Zusammenschluß zu sprengen. Er wurde nicht müde,

Friedrich Wilhelm vor dem verdächtigen Abenteurer in Paris und dessen selbstsüchtigen, bösen Absichten zu warnen, ohne jedoch im mindesten die Absicht zu hegen, Napoleons Rolle im Neuenburger Handel zu übernehmen durch tatkräftige Unterstützung Preußens. Franz Josephs Antworten auf die flehenden, oft würdelosen Briefe Friedrich Wilhelms lauteten stets freundlich, wichen jedoch den Hauptfragen und -wünschen aus.

Schon Buols erste Antwort auf die preußische Nachricht von den Neuenburger Ereignissen war in ihrer beinahe höhnenden Ironie bezeichnend für die Haltung, die Österreich während des ganzen Konfliktes einnehmen sollte: Österreich würde Preußen gerne helfen, nur sehe es hiezu leider keinen Weg und wäre Preußen dankbar, wenn man ihm einen solchen zeigte. Zwar hatte der Vertreter Österreichs in Bern Friedrich Wilhelms Aufforderung zur Freilassung der Gefangenen unterstützt, aber mit der denkbar größten Lauheit. Als dann der König in seiner Verzweiflung den Bundestag um Hilfe anrief, hintertrieb Buol jeden Beschluß, welcher den Bundestag zur tätigeren Unterstützung Preußens hätte führen können. Unter Österreichs Einfluß beschränkte sich der deutsche Bund lediglich darauf, dem Londoner Protokoll beizutreten und durch die Diplomaten der deutschen Staaten in Bern an den schweizerischen Bundesrat die Aufforderung zur Freigabe der Royalisten zu richten. Auch weiterhin unterließ der österreichische Ministerpräsident nichts, um Preußens Pläne zu durchkreuzen. Namentlich suchte er zu verhindern, daß Preußen Truppen gegen die Schweiz werfe. Heimlich hetzte er die süddeutschen Bundesglieder auf, Preußen den Truppendurchmarsch zu verweigern. Ja, öffentlich bestritt er den einzelnen deutschen Mächten sogar das Recht, den Durchzug zu gewähren. Die Entscheidung hierüber stehe einzig und allein dem Bundestage zu. Übrigens sei Preußen für jedes militärische Vorgehen gegen die Schweiz an die Zustimmung der Mächte gebunden, die das Londoner Protokoll unterzeichnet hätten. Deshalb stelle er den Antrag zu einer Konferenz der Signatarmächte dieses Londoner Übereinkommens. Buols fortgesetzte Sticheleien brachten die Stimmung gegenüber Österreich bei den preußischen Diplomaten zum Kochen.

Preußen hütete sich allerdings davor, in Frankfurt einen Mehrheitsbeschluß zu erwirken, welcher den Bund zur Waffenhilfe verpflichtet hätte. Bismarck, der Bundestagsgesandte Preußens, war es, der seinen König vor der Gefahr eines derartigen Vorgehens warnte. Denn wie leicht hätte Preußen auf diesem Weg künftighin gezwungen werden können, den italienischen Besitzstand Österreichs zu schützen.

Preußische Historiker haben sich darüber gewundert, daß Österreich diesen unvergleichlichen Präzedenzfall nicht dazu benützt habe, Preußen zum Krieg gegen die Schweiz anzufeuern und in Frankfurt einen Einheitsbeschluß zustande zu bringen, welcher die Bundesglieder zum gegenseitigen militärischen Schutze ihrer außerdeutschen Besitzungen verpflichtet hätte; das wäre für Österreichs unsichere Zukunft von großem Nutzen gewesen; es hätte fortan für den Fall eines italienischen Krieges sich auf deutsche Hilfe verlassen können.

Bei dieser Überlegung wird jedoch Österreichs gefährdete Lage innerhalb der revolutionären und internationalen Spannungen jener Jahre zu wenig berücksichtigt. Nicht nur die Sorge vor einer Stärkung der militärischen Macht Preußens veranlaßte Buol, so eifrig für die Bewahrung des Friedens einzutreten. Ein Krieg im Zentrum Europas mußte geradezu die Existenz des österreichischen Staatswesens bedrohen. Österreichs internationale Stellung war damals eine höchst bedenkliche. Durch die unentschlossene, zweideutige Politik des österreichischen Ministerpräsidenten im vorangegangenen Krimkrieg hatte es sich vollkommen isoliert. Bereits zog sich am südlichen Himmel das Gewitter zusammen, das seinen italienischen Besitzstand, einen der Hauptpfeiler seiner Großmachtstellung, bedrohte. Man befürchtete in Wien, daß bei einer kriegerischen Erledigung des Neuenburger Konflikts der Feuerbrand der Revolution überall neu angefacht würde. Der revolutionäre Schrecken von 1848 saß den österreichischen Staatsmännern noch in den Gliedern. Zar Nikolaus, durch Buols Politik im Krimkrieg tief verletzt, würde nicht ein zweites Mal Österreich aus den Klauen der Revolution erretten. Und erst Napoleon und der italienische Vulkan!

Die preußischen Minister machten sich über die Hilfsbereitschaft des österreichischen Bundesgenossen keine Illusionen. Wenn Buol sich ausnahmsweise doch einmal veranlaßt sah, tatkräftigere Unterstützung in Aussicht zu stellen, allerdings nie ohne enge Bedingungen daran zu knüpfen, so entlockte er damit dem preußischen Ministerpräsidenten nur ein resigniertes: «timeo Danaos». Im geheimen Gedankenaustausch unter den Leitern der preußischen Politik fielen bittere Worte über die Perfidie Österreichs. Gegenüber diesem schändlichen Betragen erschien Frankreichs selbstlose Vermittlertätigkeit in hellstem Licht.

Um in seinen Unterhandlungen mit der Eidgenossenschaft rascher ans Ziel zu kommen, hatte Napoleon seinen alten Lehrer und Freund, den gemäßigten General Dufour, nach Paris gerufen. Der Kaiser versprach für den Fall, daß die Schweiz die Gefangenen bedingungslos ihm übergebe, sich bei dem König von Preußen so eifrig für die Aufgabe der Souveränitätsrechte auf Neuenburg zu verwenden, als wäre er die Schweiz selbst. Aber unter Stämpflis Führung verwarf der Bundesrat diese Abmachungen. Man kann füglich bezweifeln, ob dies staatsmännisch richtig gehandelt war. Wie weit bei Stämpfli parteipolitische Erwägungen mitspielten, bleibe hier unerörtert.

Dieser Mißerfolg der französischen Intervention traf Friedrich Wilhelm überaus schmerzlich. Obgleich Napoleon den abgerissenen Faden der Unterhandlungen bald wieder aufnahm, glaubte der König von Preußen in seinem Kleinmut doch die letzte Hoffnung geschwunden, auf friedlichem Wege die Freigabe der Neuenburger Opfer zu erlangen. Es schien ihm nichts anderes übrig zu bleiben, als die Mobilisation von 150,000 Mann auf den 1. Januar vorzubereiten. In dieser Zeit der stärksten Erregungen, um die Jahreswende 1856/57, reifte bei ihm ein Entschluß, den er für sich schon ein paar Wochen lang erwogen hatte: Er wollte durch eine Sondermission auf den Kaiser Franz Joseph unmittelbar einzuwirken versuchen, um ihn so zu kräftigerer Unterstützung Preußens zu bewegen. Der Flügeladjutant Oberst Edwin von Manteuffel sollte als sein Vertrauter über Wien zum Kaiser nach Italien eilen, wohin Franz Joseph gerade

eine längere Reise angetreten hatte, mit der Absicht, bei den Italienern für Habsburg Stimmung zu machen.

Edwin Manteuffel eignete sich vortrefflich für diese vertrauliche Sendung. Er war ein Diener so recht nach dem Sinn Friedrich Wilhelms: seinem Herrn in schwärmerischer Verehrung treu ergeben, unternehmungsfreudig, sehr gewandt, von glühender Beredsamkeit, bezaubernd geistreich, phantasievoll mit einem Stich ins Komödiantenhafte. Auch er lebte in einem Anachronismus. Wie sein König tauchte er den Blick lieber in eine romantisch zurecht gestutzte Vergangenheit als in die gegenwartsnahe Zukunft. Diesem Meister in der Behandlung der Menschen und in der Führung verwickelter diplomatischer Geschäfte konnte sich Friedrich Wilhelm rückhaltlos anvertrauen. Hier spürte er unter dem preußischen Waffenrock ein mitfühlendes, verwandtes Herz schlagen.

Der unerwartete, hauptsächlich von der Stimmung eingegebene Querzug des Königs ist für seine Geistesverfassung und für seine Art der Behandlung öffentlicher Geschäfte ungemein charakteristisch. Fast im Geheimen hatte er diesen Plan ausgeheckt. Friedrich Wilhelm bereitete mit seiner Neuenburger Herzenssache den preußischen Staatsdienern schon genügend Verdruß, ohne daß er sie noch durch weitere Überraschungen zu verwirren brauchte. Mochten die Umstände auch noch so laut gegen einen solchen Schritt sprechen, der König überhörte sie und folgte nur der Stimme seines Herzens, die ihn nach Österreich wies. Der Einklang der beiden deutschen Großmächte, welcher allein dem deutschen Bundesstaate Heil bringen konnte, hatte ihm stets als Wunschbild vorgeschwebt. Von diesem alten Bundesgenossen hätte er sich nie trennen sollen.

Es ist uns eine eigenhändige Instruktion des Königs an Edwin Manteuffel erhalten geblieben, die besser als jedes offizielle Schriftstück den eigentlichen Kern der Mission enthüllt[2]: Er bestand darin, den österreichischen Kaiser ein allerletztes Mal zu ersuchen, dem preußischen König in dem Neuenburger Handel

---

[2] Preußisch-Brandenburgisches Hausarchiv, Berlin-Dahlem, Rep. 50 E. P. M. (ad usum Edvini) 17/12 56.

wirksam beizustehen. Franz Joseph möge bei dem bevorstehenden Ausbruch des Kampfes österreichische Truppen in die Schweiz einmarschieren lassen, um den Sieg Preußens sichern zu helfen und dem Krieg so ein rasches Ende zu bereiten. Friedrich Wilhelm gebe ihm dafür sein heiliges Versprechen, im Fall eines Krieges in Oberitalien Österreich mit der gleichen Anzahl Soldaten beizuspringen. Es bezeichnet des Königs völlige Isolierung und Verzweiflung, wenn er seinem Flügeladjutanten alle unmöglichen, zum Teil sich sogar widersprechenden Mittel angibt, um des Kaisers Zustimmung zu erlangen. Aus der königlichen Instruktion ergibt sich, daß der Gesandte zugleich inständig bitten, drohen, Österreich eifersüchtig machen und ihm einen Köder hinwerfen sollte. Der König von Preußen habe in der Neuenburger Verwicklung bisher eine beispiellose Mäßigung an den Tag gelegt. Seine feierlich verkündete Absicht, über die endgültige Regelung der Zukunft Neuenburgs Verhandlungen einzuleiten, sei zerschellt an der Weigerung der Schweiz, die Vorbedingung zu erfüllen durch Herausgabe der Gefangenen. Da auch Österreich, der deutsche Bund und Frankreich sich vergeblich ins Mittel gelegt hätten, sehe er sich gezwungen, demnächst seine Armee gegen die Schweiz marschieren zu lassen. Frankreich habe, « durchdrungen von den Gefahren der siegreichen schweizerischen Demagogie für den rechtmäßigen Bestand der Dinge in Mitteleuropa », sogar angedeutet, Preußen noch « thätiger » zu unterstützen. Friedrich Wilhelm wußte zur Genüge, wie sehr die österreichischen Staatsmänner eine Entfaltung der preußischen Wehrmacht fürchteten. Vergeblich hoffte er, durch die Anspielung auf sein gutes Einvernehmen mit Napoleon den Kaiser Franz Joseph aus seiner Zurückhaltung herauszulocken.

Zugleich wurde Edwin Manteuffel angehalten, mit Nachdruck die reaktionären Instinkte Österreichs aufzurütteln, indem er auf die beständige Gefahr hinweise, die den lombardo-venezianischen Besitzungen von der Demagogie der Südschweiz her drohe.

Seit über einem Jahrzehnt schon hatten sich im Kanton Tessin italienische Patrioten, Freiheitsschwärmer, Revolutionäre ge-

sammelt, vorwiegend wurzellose Gestalten, kurz alle die Elemente, welche auf einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden Zustände, namentlich der österreichischen Herrschaft, hinarbeiteten: Sie genossen das eidgenössische Asylrecht, befruchteten unser geistiges Leben — und brachten unsern Staat in schwerste außenpolitische Gefahren. Eine buntscheckige Schar verehrungswürdiger Geister, politischer Glaubenshelden, die hier für eine bessere Zukunft stritten, und radikaler Dunkelmänner, welche die neutrale Eidgenossenschaft als Agitationsboden mißbrauchten. Das Flüchtlingswesen in der Schweiz! Eine Erscheinung, die zutiefst mit unserer geistigen und politischen Vergangenheit verwurzelt ist. Es lag schon über drei Jahre zurück (Februar 1853), seit der Schweiz aus dem Treiben der italienischen Flüchtlinge ein ernster Konflikt mit Österreich erwachsen war. Ein Putsch in Mailand, den man zweifelsohne vom Tessin aus vorbereitet und genährt hatte, trieb Österreich zu energischem Vorgehen gegenüber den Ruhestörern in der Schweiz. Österreich zeigte nicht übel Lust, die für seinen italienischen Besitzstand fortdauernde Gefahr dadurch zu beseitigen, daß es der Schweiz den Tessin wegnahm. Aber Napoleon hielt damals seinen Schild schützend über die Schweiz und verhinderte Österreich an der Ausführung seiner Pläne. Ohne irgendwelche Genugtuung erlangt zu haben, mußte Österreich den Streitfall liegen lassen. Die Verärgerung, die davon bei ihm zurückblieb, brachte Bismarck in Zusammenhang mit Österreichs feindlichem Verhalten in der Frage des Durchmarsches preußischer Truppen durch deutsches Bundesgebiet.

Der Rat Friedrich Wilhelms an Franz Joseph lief nicht direkt darauf hinaus, sich jetzt des Tessins zu bemächtigen, wie es ja diesem wankelmütigen, wetterwendischen Monarchen stets widerstrebt hat, sich auf etwas Greifbares festzulegen. (Bismarck erzählte später einmal, es sei einem nach wichtigen Verhandlungen mit Friedrich Wilhelm im entscheidenden Augenblick nur etwas Gallert in den Händen geblieben) [3]. Sein Vorschlag an Österreich trägt den für ihn so bezeichnenden Charakter des Flimmernden,

---

[3] Lucius von Ballhausen: Bismarckerinnerungen, 1920, S. 20.

beinahe Doppelsinnigen, was ihm — zu Unrecht — den Vorwurf jesuitischer Kasuistik eingetragen hat. Der König redete nur ganz allgemein von Unterdrückung der siegreichen schweizerischen Demagogie und von Unterstützung Österreichs in Oberitalien. Wenn es ihm jedoch im Verlauf der zu erwartenden, unübersehbaren Verwicklungen gelungen wäre, sich in den Wiederbesitz Neuenburgs zu setzen, so hätte er dem Kampfesgenossen wohl auch einen Anteil an südeidgenössischem Gebiet zugestanden. Er mußte sogar aus internationalen Rücksichten wünschen, daß sich Preußen nicht allein mit dem Odium schweizerischen Gebietsraubs belaste. Aus diesen Gründen hatte er in früheren Jahren, als er noch ernstlich die gewaltsame Restauration der Schweiz beabsichtigte, den Plan erwogen, zugleich mit der Wiederaufnahme seiner Rechte über Neuenburg Genf an Frankreich und den Tessin an Österreich fallen zu lassen. Daß sich England allen derartigen Absichten widersetzen würde, wußte er zwar, aber er sah an dem Hindernis vorbei wie der Nachtwandler, der, ohne auf die Wirklichkeit zu achten, mit starrem Blick einem fernen Ziele zustrebt. Seine ungezügelte Phantasie bereitete ihm auch diesmal eine grausame Enttäuschung. Der leidenschaftslos erwägende Franz Joseph und seine kühl blickenden, jeder Gefühlspolitik abholden Staatsmänner ließen sich für das Prinzipielle des bevorstehenden Kampfes nicht erwärmen. Ebensowenig dachten sie daran, auf die praktischen Vorschläge, die ihnen als Abenteuer erschienen, einzugehen. Gewiß hatten sie den Groll gegen die Schweiz wegen des Tessiner Handels noch nicht ganz überwunden. Aber in den gegenwärtigen Zeiten drohten der österreichischen Herrschaft von Sardinien und Frankreich weit größere Gefahren, als vom tessinischen Demagogennest. Erhaltung des europäischen Friedens mußte das Bestreben jedes Österreichers sein. Ein kriegerisches Vorgehen gegen die Schweiz hieß die Schleusen des revolutionären Sturmes öffnen, der das ganze österreichische Italien verschlingen konnte.

Es war für den König eine Ehrensache geworden, die Herausgabe der Gefangenen durch die Schweiz zu erlangen. Schon kurz nach den Septemberereignissen hatte er seinen höchsten

Trumpf ausgespielt, indem er dem Bundesrat erklärte: Auslieferung der gefangenen Royalisten oder Krieg! Nun er sich einmal in diese Sackgasse verrannt hatte, gab es für ihn kein Zurück mehr. Vergeblich flüsterte man ihm von verschiedenen Seiten zu, doch direkt mit der Schweiz Unterhandlungen anzuknüpfen. Der Bundesrat hätte diese Wendung der Dinge freudig begrüßt. Friedrich Wilhelm fühlte sich aber zu stark in seinem unbedingten Recht und zu sehr als Vertreter des monarchischen Gedankens, als daß er sich zu den revolutionären Machthabern des schweizerischen Radikalismus hinabgelassen hätte. Übrigens war auch Stämpfli von solchem Starrsinn nicht ganz frei. In seiner Instruktion für Edwin Manteuffel verstieg sich der König sogar zur Erklärung an Franz Joseph, erst wenn nach bedingungsloser Herausgabe der Gefangenen «die vornehmsten jener Märtyrer der Treue selbst» ihm den Antrag der Schweiz auf direkte Unterhandlungen überbrächten, werde er mit dem Bundesrat in Verhandlung treten — überspannte Forderungen, die er ja doch nicht verwirklichen konnte. Umsonst beschwor ihn wiederholt sein Getreuer Karl von der Groeben, Oberkommandierender der gegen die Schweiz zu schickenden Armee, keine Drohungen auszusprechen, die er nicht sogleich willens und fähig sei, mit Leib und Leben durchzuführen. Maßlosigkeit, tönende Phrase gehörten nun einmal zu den Lebensäußerungen dieses Herrschers.

Das Pro Memoria für Edwin Manteuffel ist aber gerade durch das am sprechendsten, was es verschweigt. Seit Ausbruch des Konflikts stand die Frage im Vordergrund des allgemeinen Interesses, wie sich der König von Preußen zur Zukunftsgestaltung des Kantons und Fürstentums Neuenburg verhalten werde, ob er sich endlich den Verzicht auf seine Souveränitätsrechte über Neuenburg abgerungen habe? Um diesen einen Punkt drehte sich schließlich der ganze Streit. Der schweizerische Bundesrat hatte deutlich genug seinen Willen kundgegeben, die Gefangenen sofort freizulassen, wenn der König Neuenburg aufgebe. Schon tauchten in der Presse allenthalben Gerüchte auf über eine bevorstehende Abtretung. Denn nicht nur die europäischen Kabinette, auch die öffentliche Meinung Europas begann sich nachhaltig mit dieser völkerrechtlichen Angelegenheit zu beschäftigen.

Englische, französische, italienische, deutsche Zeitungen erörterten in Leitartikeln die staatsrechtliche Doppelstellung Neuenburgs. Broschüren mit Pamphletcharakter schossen in allen Sprachen wie Pilze aus dem Boden. Und nun enthielt Friedrich Wilhelms vertraulicher Hilferuf an Österreich über diese Kapitalfrage kein Wort! Sollte das heißen, daß der zwischen den widersprechendsten Stimmungen hin und her geworfene König noch immer nicht den Mut gefunden hatte, seinen landesherrlichen Rechten auf Neuenburg zu entsagen und deshalb die Frage auch weiterhin offen gelassen wissen wollte?

Um die tiefere Tragik dieses Seelenkampfes zu erfassen, muß man sich vergegenwärtigen, wie eng des Königs Person mit dem Schicksal Neuenburgs verknüpft war. Seit die radikale Revolution von 1848 ihm sein geliebtes Ländchen widerrechtlich entrissen hatte, sann er unermüdlich auf Mittel und Wege, diesen verlorenen Edelstein seiner Krone wieder einzufügen. Sein Gesandter in der Eidgenossenschaft, Rudolf von Sydow, benützte jede sich bietende Gelegenheit, feierlichen Protest zu erheben gegen die empörende Verletzung der geheiligten Rechte seines Herrn. Aus eigener Kraft allein konnte Friedrich Wilhelm nichts gegen die kleine Neuenburger Republik unternehmen, die sich hinter den Schild des neutralen schweizerischen Bundesstaates geflüchtet hatte. Diese seine Ohnmacht war ihm 1849 deutlich zum Bewußtsein gekommen. Damals stand sein Heer nach der blutigen Niederwerfung des badischen Aufstandes an den Toren der Schweiz, nur wenige Stunden von Neuenburg entfernt. Sein Vertreter bei der Eidgenossenschaft, sowie sein Bruder Prinz Wilhelm, der Anführer der siegreichen Armee, drängten ihn zum Vormarsch. Die treuen Neufchâteler Untertanen flehten ihn unter Tränen an, sie von dem Joche des Radikalismus zu erlösen. Schon frohlockten sie über die Vergeltung, die ihr geliebter Landesherr an ihren abscheulichen Peinigern üben werde. Die seit dem Sonderbundskrieg gewaltsam niedergehaltenen schweizerischen Konservativen horchten auf, schöpften frischen Mut und knüpften verwegene Hoffnungen an einen preußischen Einmarsch. In den radikalen Zeitungen jener Tage zittert die allgemeine Furcht vor einem Einfall Preußens deutlich nach. Es

wagten sich Stimmen an die Öffentlichkeit, welche rieten, den König durch Anerkennung seiner Rechte auf Neuenburg zu besänftigen und so die Gefahr vom Vaterlande abzuwenden. Friedrich Wilhelm zögerte immer noch. Frankreich verfolgte mit äußerstem Mißtrauen die Bewegungen des preußischen Heeres an seiner Grenze. Englands schweizerfreundliche Gesinnung ließ sich unschwer erraten. Mußte der König zudem nicht befürchten, daß sein Angriff auf die Schweiz hier die Flamme der Revolution neu auflodern lasse, die er soeben in Süddeutschland erstickt hatte? Aus Rücksicht auf die scheelsüchtige, feindselige Haltung der Mächte und aus Besorgnis, sein eigenstes Werk, die Bändigung der Revolution, zu gefährden, steckte er sein Schwert, das er schon gegen die Schweiz gezückt hatte, wieder in die Scheide. Er tröstete sich und die schmerzlich enttäuschten Royalisten mit der Hoffnung, bald auf friedlichem, dem diplomatischen Weg ans gleiche Ziel zu gelangen. Wachsam durchforschte er den Himmel der europäischen Politik nach einer günstigen Konstellation, um die Neuenburger Frage aufs Tapet zu bringen. Mehrere Denkschriften aus seiner Feder beweisen, wie unablässig die Neuenburger Angelegenheit auch weiterhin seine Gedanken beherrschte. Seiner doktrinären Geistesrichtung gemäß behandelte er vor allem die rechtliche Seite der Frage. Er erörterte den Neuenburger Rechtsfall ausschließlich mit Maximen, die aus der Ideenmasse des christlich-germanischen Freundeskreises stammten. Man hat jedoch manchmal den Eindruck, daß der Neuenburger Handel darüber hinaus zur Ausbildung und Klärung seiner staatstheoretischen und politischen Anschauungen beigetragen habe.

Noch im gleichen Jahre 1849 wandte er sich durch sein Ministerium in der Neuenburger Angelegenheit an das Wiener Kabinett. Wenn irgendwo, so mußte er hier mit seinem Anliegen Gehör finden, hatte doch Österreich jüngst am eigenen Leibe erfahren, wie sehr die Wunden schmerzten, welche die Revolution schlug. Er wies darauf hin, daß nach Wiedererrichtung der rechtmäßigen Herrschaft in Ungarn nur noch in Neuenburg eine Störung des europäischen Besitzstandes von 1815 fortdauere. Der Kaiser werde gewiß nicht die Gefährlichkeit dieses Sieges

der republikanischen Revolution über die Regierung eines deutschen Fürsten verkennen. Auch hoffe er, daß man in Wien die Zurückhaltung würdige, die er soeben an den Tag gelegt habe, als seine Truppen an der Schweizer Grenze standen. Von den gleichen Gefühlen der Mäßigung lasse er sich noch jetzt leiten. Jedoch sei er es sowohl sich selbst als auch den anhänglichen neuenburgischen Untertanen schuldig, im geeigneten Augenblick an die schweizerische Eidgenossenschaft die Forderung zu richten, die rechtmäßige Regierung in Neuchâtel wieder herzustellen. Er zweifle nicht daran, daß Österreich als Garant des Besitzstandes von 1815 alsdann der Schweiz sein volles Einverständnis mit der Krone Preußen zu erkennen geben werde[4]. Die Wiener Regierung antwortete freundlich ausweichend: sie erklärte sich gerne bereit, ihre Anerkennung der Preußen vertragsmäßig zustehenden Rechte der Schweiz gegenüber auszusprechen, sobald sie die Überlegung Preußens zu teilen vermöge, daß der hiezu gewählte Augenblick auch der rechte sei[5].

Die Hauptgegner von Friedrich Wilhelms Restaurationsplänen saßen in London. Das englische Kabinett, welcher Parteirichtung es auch angehören mochte, verfolgte in der langjährigen und langwierigen Neuenburger Angelegenheit eine Politik imponierender Konsequenz. Schon in den Revolutionsjahren 1847/48 hatte sich das Ministerium eine feste Ansicht hierüber gebildet, von der kein Lenker der englischen Politik je wesentlich abgewichen ist. Staatsrechtlich anerkannte die englische Regierung gewöhnlich jedes Recht, das sich auf die Verträge von 1815 gründete. In der Beurteilung des neuenburgischen Sonderfalles waren jedoch politische Erwägungen für sie ausschlaggebend. Die Aufrechterhaltung der schweizerischen Selbständigkeit rechnete sie zu ihren allgemeinen politischen Aufgaben. Deshalb war sie auch entschlossen, die Verfassung des Bundesstaates, welche sie anerkannt und als Verstärkung der schweizerischen Defensiv-

---

[4] Schleinitz an Bernstorff, Berlin, 16. September 1849. Preußisches Geheimes Staatsarchiv. Ausw. Amt, Centralbureau I A, Bm 27, vol. I.

[5] Prokesch an Schleinitz, Berlin, 19. Oktober 1849. Preußisches Geheimes Staatsarchiv I A, Bm 22, vol. I.

kraft sogar freudig begrüßt hatte, in ihren verfassungsmäßigen Rechten zu erhalten. Zu diesen zählte sie nun aber auch die fortdauernde Verbindung Neuenburgs mit der Eidgenossenschaft. Sie leugnete, daß hier ein Fall internationaler Rechtsverletzung vorliege, der den König von Preußen berechtigen könnte, an einer der Grundsäulen des politischen Systems von Europa zu rütteln. Neuenburg habe durch eine innere Revolution das Feudalband zerrissen, welches diesen Kanton mit dem Hause Hohenzollern verknüpfte. Die zentralisierte Bundesverfassung, die England im Hinblick auf das europäische Gleichgewicht als eine Verbesserung betrachtete, war mit dem früheren Zwitterverhältnis Neuenburgs unvereinbar. Darum erklärte England, jene Doppelstellung könne nicht wieder neu errichtet werden, ohne größte Gefahr für die Sicherheit der Schweiz und den Frieden Europas.

Es läßt sich nur aus Friedrich Wilhelms allgemeiner geistiger Veranlagung und seiner besondern Liebe zu Neufchâtel begreifen, daß er trotz dieser Widerstände der Großmächte an seinem Vorhaben nicht irre wurde. Die eigentümliche Zähigkeit, mit welcher der sonst so rasch entmutigte Herrscher an seinem nicht realisierbaren Gedanken einer Wiederherstellung der königlichen Rechte in Neuenburg festhielt, zeigt den starken irrationalen Beisatz seines Wesens. Als die Neuenburger Royalisten im August 1851 nach Hechingen pilgerten, um ihm dort zu huldigen, verpfändete er ihnen in einer Ansprache sein königliches Wort, sich ihrer nie zu entäußern. Es macht den Anschein, als habe er durch solche wiederholte feierliche Versicherungen sich selbst zu betäuben gesucht, um die grausame Stimme der Wirklichkeit nicht hören zu müssen. Mit dem Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852, in welchem ihm die Mächte seine Rechte auf Neuenburg anerkannten, glaubte er, dem heiß erstrebten Ziel um einen großen Schritt näher gekommen zu sein. Wie sehr er sich geirrt hatte, sollte er später bitter erfahren. Durch die Verpflichtung, die er in diesem Vertrag eingegangen war, eigenmächtig nichts gegen die Schweiz zu unternehmen, band er sich ja nur selbst die Hände. Nicht einmal sein ergebener Freund und Gesandter in London, Bunsen, der Hauptbeteiligte am Zustandekommen dieser internationalen Übereinkunft, wollte

sich deren völlige Zwecklosigkeit und Unfruchtbarkeit eingestehen. Wie unvermindert die gleiche Sehnsucht beim König als fixe Idee fortlebte, enthüllt sein sonderbarer Vorschlag an England, ihm als Belohnung für seine Neutralität im Krimkriege die Restitution Neuenburgs zuzugestehen. Bunsen scheute sich, diesen absonderlichen Antrag weiter zu leiten und suchte ihn seinem Gebieter auszureden. Da brauste der König gegen seinen geliebten Freund auf und drohte, unter Umgehung des Gesandten durch eine Spezialmission, sein Anerbieten dem englischen Kabinett unterbreiten zu lassen. Friedrich Wilhelms Angebot wurde in London natürlich nicht angenommen. Auch anläßlich der letzten europäischen Konferenz, des Pariser Kongresses im Frühjahr 1856, schärfte der König seinem Ministerpräsidenten ein, die Neuenburger Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Die preußische Anregung fiel vollkommen durch.

Alle diese Bemühungen, diese wiederholten Anläufe des Königs hatten doch wenigstens zur Folge, daß die Großmächte sein unantastbares Recht auf Neuenburg vor aller Welt anerkannten. Die neuenburgische Republik beruhte also auf internationalem Rechtsbruch, auf Usurpation. Mochten die Schweizer Staatsmänner sich weiterhin in rabulistischen Rechtsverdrehungen gefallen durch ihren Kult des fait accompli, mochten die radikalen Machthaber in Neuenburg ihr gottloses Regiment Europa zum Hohn noch eine zeitlang weiterführen, der König glaubte den Tag nicht mehr fern, wo sich seine gerechte Sache sieghaft durchsetzen würde. (Als ob Recht und Gerechtigkeit sich im Völkerleben je gegenseitig bedingt hätten!) In den jüngsten blutigen Septemberereignissen hatten seine lieben, getreuen Untertanen sogar ihr Leben aufs Spiel gesetzt, um ihm endlich zu seinem vor aller Welt anerkannten Rechte zu verhelfen. Und nun durfte man ihm zumuten, er solle auf das teure Juraländchen verzichten! Nach all dem, was in den letzten Jahren vorgegangen war, mußte er dies wie einen herausfordernden Schimpf empfinden. In Gegenwart seiner getreuesten Ratgeber verschwor er sich unter Tränen, Neuenburg nun und nimmer aufzugeben. Lieber wolle er sterben, rief er mehrmals mit einer Stimme, die durch die weiten Räume des Berliner Schlosses hallte. Beim

Gedanken an diese Szenen überlief seine Freunde noch nach Jahren ein kalter Schauer.

Der König befand sich in einer wahrhaft verzweifelten Lage. Er wurde von den widersprechendsten Pflichten hin und her gezerrt. Stämpfli als Sprecher der einmütigen Schweiz verkündete, die Gefangenen niemals ohne vorgängigen Verzicht Friedrich Wilhelms auf Neuenburg freizulassen. Des Königs Ehrgefühl ließ nicht zu, die Royalisten ihren erbitterten Gegnern preiszugeben. Er konnte doch nicht dulden, daß man seine edlen Getreuen, die soeben Gut und Blut für ihn eingesetzt hatten, wie gemeine Verbrecher vor Gericht aburteilte. Unsinnige Gerüchte über das Los der Gefangenen verängstigten sein wundes Gemüt. Er fürchtete ernstlich, im Fall eines preußischen Angriffs auf die Eidgenossenschaft würde sich die Volkswut der Schweizer Demagogie an den armen neuenburgischen Märtyrern vergreifen. Der einzige Ausweg aus dieser entsetzlichen Zwickmühle blieb doch der Verzicht. Nun aber stand ein Aufgeben Neuenburgs in schneidendstem Widerspruch mit der Gesinnung und Absicht derer, welchen er dieses Opfer zunächst bringen sollte. Die Gefangenen beschworen ihn aus ihren Kerkern, ihr Vaterland nicht abzutreten. Der schwer verwundete Graf Pourtalès ließ durch seine heldenmütige Gattin, eine geborene Bernerin, dem König schreiben, er möge sich in seinen Entschlüssen über die Zukunft Neuchâtels doch ja nicht von Rücksichten auf seine gefangenen Untertanen leiten lassen. Heftiger denn je klammerten sich die Royalisten an die Unverbrüchlichkeit seiner oft wiederholten feierlichen Zusage, sie nicht aufzugeben. Noch mehr: eine Verzichtleistung verstieß gegen die heiligsten politisch-weltanschaulichen Überzeugungen des Königs. Er hätte dadurch nur der verhaßten Sache des Radikalismus zu einem neuen Sieg verholfen, während durch die Restauration Neuenburgs eine Stätte des Rechts, der Erhaltung geschaffen worden wäre. Dies hätte eine Wiedererstarkung des konservativen Elements in der Schweiz und damit in ganz Europa bedeutet. Auch der kaum je vollständig niedergehaltene preußische Ehrgeiz Friedrich Wilhelms mischte sich in seinen Gewissenskampf und vergrößerte noch die Verwirrung. Sollte er vor der radikalen Schweiz, die Preußen

für schwach hielt und seit Jahren ungestraft verhöhnte, einfach kapitulieren? Noch keinen Besitz hatte Preußen jemals durch Abfall oder Selbstbefreiung verloren[6].

Natürlich war dem König bekannt, daß Neuenburg für die Krone Preußen nie große materielle Bedeutung besessen hatte. Aber um eine Geldangelegenheit handelte es sich ja gar nicht. Hier ging es um viel Höheres, Grundsätzliches. Neuenburgs Wert lag übrigens auf dem religiösen und geistigen Gebiet. Es stellte den Verbindungskanal dar, durch welchen Preußen und Deutschland ihren geistigen Reichtum den französisch sprechenden Völkern, namentlich den Protestanten französischer Zunge, zufließen lassen konnten.

Die Umgebung des Königs war in dieser heikeln und ausschlaggebenden Frage geteilter Meinung. Es bildeten sich am Hofe zwei Parteien, welche die beiden großen politischen Tendenzen des Jahrhunderts verkörperten. Wir erkennen in den gegnerischen Gruppen die Anhänger der alten, strengen Prinzipienpolitik und die Vertreter einer gemäßigten Interessenpolitik, die sich heftig um den Einfluß auf den König stritten. Die Kamarilla, allen voran Generaladjutant Gerlach, ferner Männer wie Groeben betonten, daß sich auch die praktische Politik nach Grundsätzen zu richten habe, und zwar nach christlichen. Diese feudal-aristokratischen Politiker hielten die Aufrechterhaltung der historischen, d. h. göttlichen Ordnung der Dinge in Europa als unverrückbares Ziel fest. Die radikale Schweiz habe diesen Grundsatz des Rechtes durchbrochen. Dem König sei durch die Neuenburger Revolution ein Unrecht geschehen, das wieder gut gemacht werden müsse durch die Anerkennung eines Rechtes von oben. Aus prinzipiellen Erwägungen heraus maß die Kamarilla dem Neuenburger Konflikt so große Bedeutung bei, hatte doch Gerlach noch vor wenigen Jahren sich dahin geäußert, die Neuenburger Frage sei «der archimedische Punkt» um «die Schweiz, Europa zu bewegen». Von allen Restaurationen erachtete er diese als die ent-

[6] Sydow an den König, Bern, 15. September 1856. Preußisches Geheimes Staatsarchiv I A, Bm 22, vol. I.

scheidendste. Es war für den Freundeskreis des Königs ein Leichtes, in diesem Sinn auf das religiöse und politische Gewissen Friedrich Wilhelms einzuwirken und ihn in seinem Widerstande gegen eine restlose Aufgabe des treuen, vorbildlichen Ländchens zu bestärken. Mit seinen Gefühlen stand der König ohnehin ganz auf ihrer Seite.

Die verantwortlichen Berufspolitiker jedoch, wie der Ministerpräsident Manteuffel, der Gesandte in Paris, Hatzfeldt, und Bismarck dachten nur an das Gedeihen des eigenen, preußischen Staates und stellten dieses über die Befolgung universaler Ideen. Sie betrachteten die Welt, wie sie ist, und nicht, wie sie sein sollte. Ihnen galt die nüchterne Tat, der Erfolg mehr als die begeisternde Theorie. Mit klarem Wirklichkeitssinn erkannten sie, daß nur ein Aufgeben Neuenburgs aus der heillos verfahrenen Lage heraushelfe. Das schien ihnen die ehrenvollste und zugleich politisch klügste Lösung.

Zwischen den beiden Gruppen, von denen die eine gleichsam das Gefühl, die andere die Staatsraison verkörperte, schwankte Friedrich Wilhelm gepreßten Herzens hin und her, was die Einheitlichkeit der preußischen Außenpolitik nachhaltig beeinträchtigte. Anfang Oktober fanden über diese peinliche Frage entscheidende Besprechungen statt. Hatzfeldt war von Paris, Bismarck von Frankfurt herbeigeeilt, um den Ministerpräsidenten zu sekundieren. Ihren vereinten Vorstellungen gelang es, dem König einen eventuellen Verzicht abzuringen. Dieser wurde sofort in strengstem Vertrauen dem Kaiser Napoleon mitgeteilt, um ihn in seinen schwierigen Unterhandlungen mit der halsstarrigen Schweiz zu unterstützen. Durch die Schuld Friedrich Wilhelms erfuhr auch England und auf diesem Wege Stämpfli von einem möglichen Verzicht auf Neuenburg. Warum hat der König bei seiner Annäherung an Österreich nicht auch dem Kaiser Franz Joseph seine Absicht mitgeteilt, unter Umständen Neuenburg aufgeben zu wollen?

Hier wird offenbar, wie große innere Widerstände der König hatte überwinden müssen, um sich zu einem möglichen Verzicht bereit zu erklären. Seine resignierte Einwilligung war, wie die meisten mühsam erzwungenen Entschlüsse, nur von sehr be-

dingtem Wert. In seiner geheimsten Herzenskammer nährte er weiter die Hoffnung, bei einer günstigen Wendung der ganzen Angelegenheit sein geliebtes Neuenburg wieder zu gewinnen. Das erhellt auch aus verschiedenen späteren Vorkommnissen. Als zum Beispiel am 16. Januar 1857 die schweizerische Bundesversammlung den Prozeß niederschlug und den Gefangenen die Kerker öffnete, sie zugleich aber bis zur endgültigen Regelung der Neuenburger Angelegenheit aus der Schweiz verbannte, erklärte Friedrich Wilhelm sofort, diese Amnestie sei keine bedingungslose Freigabe seiner Getreuen. Das entspreche nicht seinen Abmachungen mit Napoleon, und er müsse deshalb seine vertrauliche Verzichterklärung zurücknehmen. Vergeblich bemühten sich eine Zeit lang viele, den König in der einmal eingeschlagenen Richtung des Verzichts festzuhalten [7]. Solche Rückfälle zeigen, wie richtig Stämpfli in diesen Dingen vorausgesehen hatte, als er sein Pfand nicht aus der Hand geben wollte, bevor er unbedingte Garantie für die Aufgabe Neuenburgs besitze. Im weitern Verlauf der überaus dornenvollen Auseinandersetzungen mit Preußen scheinen sich die charakterologischen Fehler des Königs noch verschärft zu haben. Die Unterhandlungen in allen ihren Teilen schildern, heißt die erste Phase der Krankheitsgeschichte Friedrich Wilhelms schreiben.

In seiner Denkschrift an Edwin Manteuffel versicherte der König, wenn die bevorstehende Mobilmachung einmal stattgefunden habe, könne ihn niemand mehr von der Eroberung seines Juraländchens zurückhalten. Tatsächlich hatte der Befehlshaber der preußischen Kriegsarmee bereits mit großer Sorgfalt ein Projekt zum Angriff auf die Schweiz bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet. Schon waren ausgesandte preußische Offiziere damit beschäftigt, das für die militärischen Operationen notwendige Terrain in Baden, Württemberg und der Schweiz gründlich zu rekognoszieren. Der Oberkommandierende, Karl von der Groeben, nahm für den Angriff 120—130,000 Mann in Aussicht, denen noch eine mobile Division als Reserve zur Verfügung gestellt

---

[7] E. Bonjour: Heinrich Gelzers Vermittlungstätigkeit im Neuenburger Konflikt, 1930, S. 11 ff.

werden sollte. Nach den ihm zugekommenen Nachrichten wollte der schweizerische Bundesrat 106,000 Mann aufbieten. Begann die Mobilisation im Januar, so konnten gemäß seiner Berechnung die preußischen Truppen erst im März oder noch später in der Schweiz sein. Groebens Feldzugsplan lautete in kurzen Umrissen folgendermaßen: Ein Armeekorps sollte von Freiburg auf Basel vorstoßen, ein anderes mit Zuhilfenahme einer kleinen Bodenseeflottille von Ludwigshafen nach Konstanz vorrücken. Während so die beiden Flügel des eidgenössischen Heeres beschäftigt und bedroht würden, wollte Groeben mit der Hauptmacht das Zentrum der feindlichen Linien durchbrechen: Übergang über den Rhein mit drei Armeekorps ober- und unterhalb Schaffhausens, hernach vereinigter Kampf und Marsch auf beiden Aareufern bis nach Bern, ja bis zum Genfersee, wenn Neuchâtel mit diesem Stoß noch nicht zu erobern war. Eine stärkere Reserve sollte am Rhein postiert werden, um bei dem weiteren Vorgehen feindlichen Flanken- und Rückenoperationen zu begegnen. Diesen Feldzugsplan, dessen Gelingen zum Teil auf Überraschung des Gegners beruhte, teilte Groeben nicht einmal seinen schon ernannten Armeekorpskommandanten mit. Denn «einmal dem Munde entschlüpft», bemerkt er in nachgelassenen Aufzeichnungen, «bleibt kein Geheimniß so leicht bis zur Ausführung verborgen, und gerade ist ein unerwarteter militärischer Plan halber Sieg!»[8] Groeben, durchaus kein forscher Draufgänger, sondern eine besonnene, ethisch-religiös veranlagte Natur, hoffte zuversichtlich auf das Gelingen des Unternehmens. Obgleich der König gleichfalls von einem kriegerischen Vorgehen gegen die Schweiz bestimmt die Wiedergewinnung Neuenburgs erwartete, hat er auch damals den Krieg aufrichtig nicht gewünscht. Er hoffte immer noch, ein kräftigeres Säbelrasseln Franz Josephs werde den Bundesrat in letzter Stunde zum Nachgeben veranlassen. Über das, was nachher geschehen sollte, tröstete er seinen Ministerpräsidenten mit dem optimistischen und zugleich wirklichkeitsfeigen: «qui vivra, verra».

---

[8] Nachlaß Karl von der Groeben, Preußisches Geheimes Staatsarchiv. Die Benützung dieses Nachlasses wurde mir aufs liebenswürdigste durch Graf Siegfried von der Groeben gestattet.

Der Vorschlag einer Spezialmission an Kaiser Franz Joseph war der Initiative Friedrich Wilhelms entsprungen. Er trug ja auch deutlich die Züge seiner Herkunft. In der engsten Umgebung des Königs arbeitete man dieser zu wenig überlegten und unwürdigen Gesandtschaft entgegen. Der Ministerpräsident Otto Manteuffel, dem die leidige Herzenssache seines Königs schon so viel Ärger bereitet hatte, legte in einem eigenhändigen, leider unbeendeten Schriftstück seine Bedenken gegen die Mission nieder[9]: Einmal waren es außenpolitische. Manteuffel glaubte annehmen zu müssen, die Sendung an Franz Joseph werde wohl die Eifersucht Napoleons erwecken, dem man noch nie die große Ehre einer Sondermission erwiesen habe. Dadurch verletze man ganz unnötigerweise den bisher treuesten Freund Preußens. Auch fürchtete er, das argwöhnische Sardinien könnte Verdacht schöpfen und sich Preußens Gegnern in die Arme werfen. Es stand ohnehin jetzt schon dem böswilligen England bedenklich nahe. Aber auch im Inland werde die Gesandtschaft keinen guten Eindruck hervorrufen; denn man lege hier großen Wert darauf, im Streit mit der Schweiz Preußen ganz selbständig vorgehen zu sehen. Was wollte der König mit der Ausführung seiner Lieblingsidee denn nur bezwecken? Manteuffel sah mehrere Ziele. Die tätige Mitwirkung des Kaisers konnte den Krieg abkürzen helfen. Im Verein mit Österreich ließ sich ferner die Restauration in der Schweiz leichter bewerkstelligen. Und wenn gar die gemeinsame Aktion ein erträglicheres Verhältnis zwischen Österreich und Preußen zeitigen würde, so wäre das ein unverhofftes Geschenk des Schicksals.

Aber Manteuffel hielt die Erreichung dieser Absichten nicht für wahrscheinlich. Wer von der Vergangenheit in die Zukunft schloß, mußte damals ja ungläubig sein. In Preußen empfand man Österreichs bisheriges Verhalten in der Neuenburger Sache als hinterhältig. Franz Joseph lasse absichtlich jede Gelegenheit vorübergehen, wo er wesentlich zur Nachgiebigkeit der Schweiz hätte beitragen können. Manteuffel schrieb dies Österreichs Bestreben zu, sich England gefällig zu erweisen und seiner Schadenfreude

[9] Preußisches Geheimes Staatsarchiv I A, Bm 22 a, adhibenda II.

an Preußens Verlegenheit. Die Spannung zwischen den beiden deutschen Nebenbuhlern war damals schon so stark, daß man sich fast wundert, wie der Friede noch nahezu zehn weitere Jahre erhalten bleiben konnte. Man traute sich gegenseitig das Schlimmste zu. Manteuffel hielt die österreichischen Politiker aller Unbedenklichkeiten für fähig, welche Aussicht boten, Preußen zu erniedrigen. Selbst wenn Österreich seine Mitwirkung zusage, tue es dies vielleicht bloß, um Preußens Leistungen in den Schatten zu stellen und die Lösung der Neuenburger Frage womöglich zu verhindern. Stand im Fall einer Waffenhilfe Österreichs nicht zu erwarten, daß diese Macht in die schweizerischen Angelegenheiten ferner liegende ultramontane Tendenzen hineintrage, denen sich Preußen nicht anschließen könnte? Ob Manteuffel wohl ahnte, daß sein Herr dem Kaiser militärische Unterstützung in Oberitalien anzubieten beabsichtigte?

Noch schwärzer sah der Kabinettsrat Niebuhr[10]. Jetzt, wo Preußen im Begriffe stehe, eine große Armee aufzustellen, erachte er es als kompromittierend, eine fremde Macht in den Kampf hineinzuziehen und dadurch die Entscheidung über das Ende aus der Hand zu geben. Daß man sich ausgerechnet an Franz Joseph wenden wolle, dünkte ihn der Gipfel der Unwürdigkeit. Österreich lauere ja doch auf den Augenblick, um der Welt zu zeigen, daß Preußen keine Großmacht sei. Unter allen Umständen werde man als Bettler dastehen. Man könne mit Sicherheit voraussehen, daß Österreich das preußische Gesuch sofort in London, Turin und Paris bekannt geben werde, um Preußen als Störenfried hinzustellen. Schlage der Kaiser das preußische Anerbieten ab, so habe man nichts erreicht, als öffentlich seine Schwäche gezeigt und alle Welt gegen sich verstimmt. Gehe Österreich aber auf den Vorschlag ein, so werde es diesen Schritt nur dazu benützen, um zu Preußens Nachteil seine dunkle Politik zu treiben, die den preußischen Staatsmännern ja immer ein Rätsel bleiben werde. Wer stand dafür, daß Sardinien einer österreichisch-preußischen Koalition gegen-

---

[10] Poschinger: Auswärtige Politik III, S. 275.

über nicht das praevenire spielen und in die Schweiz und Lombardei einrücken würde?

Trotz der schwerwiegenden Bedenken seiner Politiker ließ der König von seinem Plan nicht ab. Da war es denn des Ministerpräsidenten Aufgabe, Sorge zu tragen, daß die Gesandtschaft möglichst wenig Schaden anrichte. Er erwog den Gedanken, Paris und Turin von dem bevorstehenden Schritte zu unterrichten und dorthin zur militärischen Aufklärung Offiziere zu schicken. Vor allem aber mußte unbedingt verhindert werden, daß Preußen vor Österreich in der üblen Haltung eines Bittenden oder gar Bettelnden erscheine. Deshalb solle der Gesandte den Kaiser Franz Joseph in keiner Weise etwa drängen, noch ihm überhaupt nur Vorschläge unterbreiten, sondern lediglich ruhig den Sachverhalt darlegen, vielleicht sogar leise von einer Einmischung abmahnen. Er dürfe ruhig den Anschein erwecken, als sei Friedrich Wilhelm zufrieden, wenn Franz Joseph seine Mitwirkung unterlasse. Dem Kaiser Gegenleistungen in Aussicht stellen, wie der König beabsichtige, sei eine verkehrte Taktik; man mache ihn damit nur spröder. Franz Joseph müsse im Gegenteil wissen, was er verliere, wenn er diese Gelegenheit vorbeigehen lasse, sich und dem monarchischen Prinzip zu nützen. — Alle diese Absichten des Ministerpräsidenten restlos durchgeführt, hätten die Gesandtschaft aller Gefährlichkeit entkleidet; sie wäre dann aber auch fast gegenstandslos geworden.

Es scheint, daß Bismarck ebenfalls auf die Gestaltung der Mission einzuwirken gesucht hat, sehr wahrscheinlich im Sinne des Ministerpräsidenten.

Mit größter Geschmeidigkeit hat sich der Spezialgesandte Edwin Manteuffel durch diese sich teils widersprechenden Instruktionen hindurchgewunden. In erster Linie fühlte er sich natürlich als treu ergebener Diener seines Königs und hielt sich darum nur seinem Herrn und Gebieter gegenüber für verantwortlich. Die Ansichten seines Vetters, des Ministerpräsidenten, sind jedoch nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Die Art und Weise, wie er sich seiner Aufgabe entledigte, zeigt dies.

Am 28. Dezember 1856 trat Edwin Manteuffel seine Reise an. Damit es nicht aussehe, als wolle er den Kaiser von seinem

Minister trennen, hielt er sich zunächst in Wien auf und suchte hier den österreichischen Ministerpräsidenten Buol auf. Die beiden gerieten hart aneinander: Buol beharrte auf seinem Standpunkt, Preußen sei durch das Londoner Protokoll für jedes selbständige kriegerische Vorgehen gegen die Schweiz an die Einwilligung der Mächte gebunden. Er scheute sich nicht, dem Vertreter des Königs ins Gesicht zu erklären, wenn Preußen sich durch sein Gefühl auf diesen illegalen Weg fortreißen lasse, so werde er alles unternehmen, um Preußens Aktion zu hemmen. Deutlicher und schärfer konnte Österreich nicht sprechen. Der tiefverwurzelte, nur noch mit den Waffen zu heilende Gegensatz der beiden Großmächte klingt hier auf. Bei dem bekannten Einfluß Buols auf den jungen Kaiser war von dem weitern Verlauf der Mission nicht mehr viel zu erwarten.

Als Edwin Manteuffel den Kaiser am 3. Januar früh in Venedig erreichte, schien es ihm, Franz Joseph sei sichtlich verlegen. Er suchte den Kaiser sogleich zu beruhigen, indem er ihm versicherte, er habe den ausdrücklichen Befehl, ihm keine Vorschläge zu machen und nichts von ihm zu verlangen, sondern nur vollständig offen zu antworten, wenn ihm Fragen gestellt würden. Noch am gleichen Abend fand in Padua die erste Besprechung statt. Sie brachte gar keine neuen Ergebnisse. Was der Kaiser sagte, unterschied sich im wesentlichen nur durch den Ton, nicht durch den Inhalt von Buols Äußerungen. Franz Joseph drängte zur Zusammenberufung einer Konferenz, wie sie Österreich ja schon lange vorgeschlagen hatte. Erst wenn diese Konferenz ergebnislos verlaufe, dürfe der König zu den Waffen greifen. Er könne gar nicht verstehen, was Friedrich Wilhelm denn für einen so großen Unterschied mache zwischen der Gefangenhaltung und der Verurteilung der Royalisten. Des Königs Ehre bleibe ja doch gewahrt, wenn die Konferenz beide als widerrechtlich erkläre und die Gefangenen befreie. Ob die Mobilisation nicht noch weiter als bloß auf den 15. Januar hinausgeschoben werden könne? Auf diesen Vorschlag lief eigentlich alles hinaus. Hinter des Kaisers wohlmeinenden Ratschlägen blickte Buols Verschleppungstaktik nur schlecht verhüllt hervor.

Manteuffel bot seine ganze diskrete Beredsamkeit auf: Alle Töne wurden angeschlagen, die nach menschlicher Voraussicht irgendwie auf den Kaiser Eindruck machen konnten. Er sprach viel vom gemeinsamen konservativ-monarchischen Prinzip und wie nichts dieses mehr gefährde, als die Anerkennung des Rechtes in der Theorie und die Aufgabe desselben in der Realität. Nachdem die Großmächte Preußen so lange hingehalten hätten, müsse nun endlich einmal kräftig gehandelt werden. Gott sei Dank empfinde die preußische Nation in diesem Ehrenpunkt ganz gleich wie der König. — Es mag dahingestellt bleiben, wieweit Manteuffel diese letzte Behauptung für wahr hielt. Tatsache ist, daß damals weite Volksschichten nicht nur in Süddeutschland, sondern auch in Preußen einen Angriff auf die Schweiz streng mißbilligten. Diese Abneigung gegen ein militärisches Vorgehen erstreckte sich nicht nur auf das Kleinbürgertum, das sich ja nie gern von der friedlichen Arbeit weg in den Krieg treiben läßt, geschweige denn für eine solche Grille seines gefühlsduseligen Monarchen. Auch einsichtige Kreise der oberen Stände verurteilten es scharf, daß Preußen sich für ein Nichts in ein Abenteuer von unabsehbaren Folgen stürze. Denn sie sahen klar, daß der Besitz Neuenburgs für Preußen keinen Gewinn, sondern eine Quelle ständiger außenpolitischer Verwicklungen bedeute. Der Finanzminister sträubte sich gegen die nötigen Kredite. Wer liberal dachte und fühlte, verwarf den sinnlosen Krieg. Diese Ansicht drang trotz der damals noch sehr streng gehandhabten Zensur in Tageszeitungen. Die Geschichte der öffentlichen Meinung in Deutschland und Preußen während der Neuenburger Angelegenheit bleibt noch zu schreiben.

Begreiflicherweise wurde in der Unterredung mit dem Kaiser auch die Haltung Frankreichs berührt. Aus einem echten Gefühl des Argwohns heraus warnte Franz Joseph eindringlich vor den dunkeln Plänen Napoleons. Manteuffel jedoch pochte auf die freundschaftlichen Zusicherungen des französischen Kaisers und rühmte, dieser habe es verstanden, «den Moment der Neuenburger Katastrophe auf eine graziöse Art zu ergreifen, um König Friedrich Wilhelm zu obligiren». In Wirklichkeit waren Napoleons Versprechen, den Marsch preußischer Truppen durch Süd-

deutschland zu dulden, sehr schwankender und unsicherer Art. Man muß im Zusammenhang des verwickelten diplomatischen Getriebes jener bewegten Tage verfolgen, unter was für schwierigen Umständen der französische Kaiser seine bedingte Erlaubnis zu einem preußischen Truppendurchmarsch gab, um den beschränkten, trügerischen Wert seiner Zusage zu erkennen. Napoleons Stellung in dieser Frage hing von sehr viel äußern Begebenheiten und Entscheidungen ab, und konnte so von einem Tag auf den andern ändern.

Über die Endabsicht Friedrich Wilhelms in Bezug auf Neuenburg befragt, antwortete Manteuffel zuerst ausweichend. Schließlich erklärte er aber, falls die Begnadigung der Royalisten vor der Mobilmachung erfolge, werde sein Herr «keine Souveränitätsforderungen aufstellen, welche die Sache unlösbar machten». Er deutete auch schon an, daß der König bei der endgültigen Regelung der Neuenburger Frage an ein paar wichtigen Punkten festhalten werde. Der kniffligen Frage, wie weit Napoleon ermächtigt worden sei, der Schweiz den Verzicht Friedrich Wilhelms auf Neuenburg in Aussicht zu stellen, entzog sich Manteuffel durch allerhand Sophistereien[11].

In einer zweiten, der Abschiedsaudienz, überreichte der Kaiser dem Obersten Manteuffel sein Antwortschreiben an den König. Sie besprachen noch einmal miteinander ausführlich ihre gegensätzlichen Ansichten. Dabei gelangten sie nicht über den Standpunkt hinaus, den sie schon in der ersten Unterredung eingenommen hatten. Nur in einer Beziehung kam Franz Joseph den Wünschen Friedrich Wilhelms entgegen: Er versicherte, er werde jeden Truppenzusammenzug an der Schweizer Grenze so lange als möglich vermeiden; wenn er aber notwendig werden sollte, so würde er bestimmt keinen Preußen feindseligen Charakter tragen. Aber auch dieses Entgegenkommen beruhte nicht etwa nur auf dem Bestreben, Preußen eine Gefälligkeit zu erweisen, sondern auf der realpolitisch richtigen Voraussicht von der Unwahrscheinlichkeit eines Krieges. Soeben hatte er nämlich einen

---

[11] Oberst Edwin v. Manteuffel an den König, Padua, 4. Januar 1857. Preußisches Geheimes Staatsarchiv I A, Bm 22 a, adhibenda II.

Bericht seines Ministerpräsidenten erhalten, wonach die Meldungen aus Bern besagten, es sei begründete Hoffnung vorhanden, die erneute französische Vermittlung würde die Amnestie der Gefangenen erreichen[12].

Als Manteuffel die Summe seiner Mission zog, war er so ehrlich, sich und dem König einzugestehen, er habe nicht gefunden, daß seine Ausführungen irgendwie den Kaiser in seiner Auffassung beeinflußt hätten. Österreich werde in dieser Sache nichts für Preußen tun. Vielleicht sogar werde Graf Buol in letzter Stunde noch, nach erfolgter Mobilmachung, Preußen in den Arm fallen. Über die Folgen dieser ablehnenden Haltung Österreichs äußerte sich Manteuffel in Erinnerung an seine Mission später einmal in einem Brief an Leopold v. Ranke: Da Franz Joseph sogar die dünne Erklärung verweigert habe, Preußens Feldzug gegen die Schweiz nicht zu hindern, und da Napoleons Neutralitätserklärung nicht offiziell gegeben war, sei die ganze Unternehmung unterblieben und Friedrich Wilhelm habe nachgeben müssen[13].

Daß sich der Kaiser von Österreich in einer für so heilig gehaltenen Sache seinem ungestümen Werben spröd versagte, hat den König tief geschmerzt. Während die Gegnerschaft der englischen Staatsmänner seinen Zorn zur hellen Flamme anfachte, ließ ihn das Verhalten des alten österreichischen Bundesgenossen nur in leise, aber umso bewegtere Klagen ausbrechen. Man spürt es: Friedrich Wilhelm war in seinen echtesten Gefühlen, seinem Innersten getroffen worden. Diese bittere Erfahrung konnte auf seine Stellung zur brennenden deutschen Frage nicht ohne Einfluß bleiben.

Dem geschichtlichen Betrachter will es scheinen, als sei die Neuenburger Frage gar nicht Mittelpunkt der Unterhandlungen zwischen Preußen und Österreich gewesen. Der Neuenburger Handel — so kommt ihm vor — habe bloß den Anlaß zu einer gegenseitigen Kraftprobe der beiden rivalisierenden Großmächte

---

[12] Oberst Edwin v. Manteuffel an den König, Vicenza, 6. Januar 1857. Preußisches Geheimes Staatsarchiv I A, Bm 22 a, adhibenda II.

[13] Dove: Ausgewählte Schriftchen, 1898, S. 268.

Deutschlands gebildet. Es sei nur der Funke gewesen, der den schon seit langer Zeit fortschwelenden Streit zu neuem Aufflackern brachte. Österreich hat die ganze Angelegenheit sicher fortwährend aus diesem Gesichtswinkel betrachtet. Es glaubte die ganze Affäre von Preußen bloß herbeigeführt, um in Deutschland «eine Stellung zu nehmen». Zu derartigen Trugschlüssen führte die Lenker der österreichischen Politik, denen man eine gewisse Scharfsichtigkeit und Gewandtheit nicht absprechen kann, ihre beständige Angst vor dem preußischen Nebenbuhler. Man atmete eben schon zu lange in der vergifteten Luft der österreichisch-preußischen Beziehungen, um den ganz anders gearteten Neuenburger Fall unvoreingenommen beurteilen zu können. Dem König Friedrich Wilhelm haben solche Absichten, wie sie ihm Buol unterschob, zweifellos ganz fern gelegen. Es mag bei vereinzelten preußischen Politikern im Verlaufe der mißlichen Angelegenheit der Wunsch aufgetaucht sein, den Neuenburger Konflikt so auszuschlachten, um Preußens Stellung in Deutschland gegenüber Österreich zu festigen. Ausschlaggebend oder gar nur wegleitend sind diese Gedanken jedoch während der ganzen dreivierteljährigen Behandlung der Neuenburger Sache nie gewesen.

Die andernorts[14] schon mehrmals eifrig besprochene Frage, ob die Schweiz es Österreich verdanke, daß sie vom Krieg bewahrt worden sei und daß die Neuenburger Angelegenheit für sie eine so günstige Lösung gefunden habe, kann — so einfach gestellt — nicht schlankweg mit ja oder nein beantwortet werden. Kein Staat wünschte in der europäischen Spannung jener Jahre einen kriegerischen Konflikt im Herzen des Kontinents. Wenn Österreich mitgeholfen hat, den Frieden zu erhalten, so handelte es als Glied der europäischen Staatengemeinschaft, deren Interessen auch die seinen waren. Dazu gesellte sich aber bei den österreichischen Staatsmännern noch die Sorge um den Besitz in Oberitalien (der italienische Krieg brach zwei Jahre später

---

[14] Sybel: Die Begründung des deutschen Reiches II, 1909, S. 181 ff. — Hilty: Politisches Jahrbuch 1907, S. 387. — Neue Zürcher Zeitung, 30. und 31. Oktober 1889.

aus), sowie die stets wache Eifersucht auf den preußischen Nebenbuhler. Diese Gründe waren für Österreichs Friedensbestrebungen wegleitend. Es zeugte von wenig Einsicht in das Gewebe der Politik jener Jahre, wollte man Österreichs Verhalten auch nur zum Teil aus schweizerfreundlicher Gesinnung ableiten. Wie hätte Österreich damals auch solche Gefühle für die demokratische Republik hegen können, verkörperte es doch ein dem schweizerischen ganz entgegengesetztes politisches Prinzip und hatten doch im letzten Jahrzehnt genügend peinliche Reibereien zwischen den beiden Ländern stattgefunden. Kaiser Franz Joseph machte aus seiner Abneigung gegen die radikale Demokratie der Eidgenossenschaft kein Hehl. Nirgends klingt in der österreichischen Korrespondenz jener bewegten Zeit auch nur leises Wohlwollen für die Schweiz auf. Österreichs Bemühungen um den Frieden entsprangen durchaus realpolitischen Erwägungen. Es fragt sich übrigens, ob die Schritte, die es zur Vermeidung des drohenden Krieges unternahm, ebenso großen Erfolg zeitigten wie ähnliche Bestrebungen anderer Staaten. Wenn eine Liste der europäischen Mächte aufgestellt werden soll, die den Grad ihrer Friedensarbeit aufzeigt, so steht England an der Spitze. England hat sich während der ganzen Krise als konsequenteste und tatkräftigste Beschützerin der Schweiz und Erhalterin des Friedens erwiesen. Es wäre aber verfehlt, das Verdienst um die Erhaltung des Friedens einer einzigen Macht zuschreiben zu wollen, wie dies unlängst mit Nachdruck unternommen wurde[15]. Österreichs Auflehnung gegen den Krieg, seine offene und geheime Unterstützung des schweizerischen Standpunktes auf dem folgenden Pariser Kongreß werden heute in der geschichtlichen Tatsachenbewertung allgemein zu wenig hoch veranschlagt. Auch Frankreichs Verhalten gegenüber der Schweiz sieht auf Grund wichtiger Akten aus den preußischen Staatsarchiven viel freundschaftlicher, wohlwollender aus, als die jüngste Literatur es darstellt. Gleich wie an der Entfesselung eines Krieges selten ein einziger treibender Wille

---

[15] Philippe de Vargas: L'Affaire de Neuchâtel 1856/1857. Les négociations diplomatiques. Lausanne-Bâle 1913.

die Schuld trägt, so wirkten auch an der Verhütung dieses Krieges alle nicht direkt beteiligten Mächte mit. Daß diesem zur europäischen Krise aufgeblasenen Konflikt ein allgemein anerkannter, triftiger Kriegsgrund fehlte, erleichterte die Vermittlung wesentlich.

Die preußisch-österreichischen Beziehungen im weitern Verlauf der Neuenburger Angelegenheit bieten nur noch geringes Interesse. Nachdem der Höhepunkt des Streitfalles durch Freigabe der Gefangenen überschritten war, löste sich die fieberhafte Spannung zwischen den beiden deutschen Großmächten etwas, ohne daß aber die eifersüchtige, gegenseitige Überwachung geschwunden wäre. Immerhin kam Österreich so weit entgegen, daß es Friedrich Wilhelms Wünsche einer konservativen Umgestaltung Neuenburgs in Paris unterstützte. Buol hatte wohl die völlige Aussichtslosigkeit ihrer Verwirklichung von vornherein eingesehen — deshalb die auffallende Zuvorkommenheit. Getreu dem konservativen Prinzip, das Franz Joseph in Europa vertrat, ließ er in Paris am 12. Februar 1857 anfragen, ob sich Napoleon ihm und Friedrich Wilhelm anschließen wollte, um eine Intervention in der Schweiz zum Zwecke einer Restauration herbeizuführen. Als der französische Ministerpräsident ohne Umschweife ablehnte, ließ er den Vorschlag fallen. Zur endgültigen Lösung der Neuenburger Frage trat Anfang März in Paris die Konferenz der vier Großmächte zusammen, deren Einberufung Österreich schon am 19. Dezember des vorangegangenen Jahres vorgeschlagen hatte. Als zähester Gegner von Friedrich Wilhelms Absichten zeigte sich auch hier England. Während der ganzen Dauer der Verhandlungen hat England in seiner Opposition gegen Preußen die kräftigste Unterstützung bei Österreich gefunden.